

# Wikileaks droht und nutzt auch den Kommunen

*Wer glaubt, dass es bei Wikileaks nur um das große Ganze geht, der irrt! Auch wenn die jüngsten Veröffentlichungen auf Wikileaks vor allem globale Kreise gezogen haben und Debatten über Pressefreiheit, Zensur und den Umgang mit geheimen Dokumenten auslösten, ist der Ansatz auch für die kommunale Arbeit spannend.*

*Der einseitige Blick auf rein internationale Zusammenhänge verdeckt den grundsätzlichen Ansatz von Wikileaks, der gerade für die kommunale Ebene sinnvoll ist: Korruption aufdecken, Verfehlungen anprangern und Transparenz organisieren – das ist vor Ort genauso wichtig wie weltweit. Es geht dabei nicht um eine totale Transparenz, bei der alles öffentlich sein muss. Sondern es geht um eine Transparenz, die für mehr Öffentlichkeit sorgt und (auch unliebsame) Informationen zugänglich macht.*

*Besonders vor Ort wirken Seilschaften oft noch besser als in großen Ministerien oder Verwaltungen. Denn neben der gegenseitigen Abhängigkeit, manchmal auch der gemeinsamen Verfehlung, kommt schnell noch eine private Ebene mit ins Spiel, die transparente Aufarbeitung behindert. Hier können Plattformen wie Wikileaks, die Anonymität gewährleisten und Informationen sichern, wichtiger sein als bei manch' nationalem Skandal. Wenn der Lokalreporter gleichzeitig noch Fußballtrainer einer Jugendmannschaft ist, wird es unwahrscheinlicher, dass die Mauschelei zwischen Bürgermeister und Sportverein aufgedeckt wird. Unabhängigkeit wird von allen Seiten gefordert, man sieht aber leider zu oft, wie schwierig es ist,*

*dass diese tatsächlich immer gewährleistet ist.*

*Die Debatte um Wikileaks ist daher eine Hausaufgabe für die Politik – auf allen Ebenen. Die Menschen wollen mehr Transparenz politischer Abläufe und Verwaltungsentscheidungen. Dabei geht es um Informationen, Bewertungen und Diskussionsstände. Es geht zum einen um öffentliche Daten, die wir unter dem Schlagwort „OpenData“ als Grüne öffentlich und frei zugänglich machen wollen. Und zum anderen geht es um politische Debatten, die in Form von Dokumenten und Protokollen oder auch Hintergrundpapieren den BürgerInnen Einblick gewähren.*

*Es muss auch in Zukunft geschützte Räume geben, aus denen nicht gleich alles nach außen dringt. Diese Schutzräume haben aber auch Grenzen. Wenn etwa Korruption und Bestechung eine Rolle spielen, gehören solche Informationen öffentlich gemacht, Schutz hin oder her. Darum sollten PolitikerInnen vor Ort diskutieren, wie sie als Gemeinde, Landkreis oder Stadt mit Dokumenten und Informationen zukünftig umgehen wollen. Eines steht fest: Mehr Transparenz lädt zur Debatte ein und beides ist förderlich für unsere Demokratie.*



Malte Spitz

Foto: Bündnis 90/Die Grünen

➔ Malte Spitz ist Mitglied des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen. [www.malte-spitz.de](http://www.malte-spitz.de)